

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Problemaufriß	1
I. Zum Anliegen der Untersuchung	1
1. Dogmatische Bruchstellen	2
a) Rechtsgeschäftliche Haftung und der Schutz des Erfüllungsinteresses.	2
b) Gesetzliche Haftung und der Schutz des Vertrauens- interesses	5
2. Privatrechtstheoretische Defizite	8
3. Vorgehensweise: Von der Politik zum System der Haftung auf das negative Interesse.	10
II. Zur Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands	11
III. Zur Präzisierung der Fragestellung	17

Erster Teil

Rechtspolitische Grundlagen

§ 2 Überblick	23
§ 3 Die Theorie der Haftung auf das negative Interesse in den Traditionen Jherings und Fullers	25
I. Jherings Lehre und ihre wissenschaftliche Weiterentwicklung: Die außervertragliche Konzeption der Haftung auf das negative Interesse	26
1. Jherings culpa in contrahendo	26
a) Die »empfindliche Lücke« im Haftungsrecht und das Willensdogma	27
b) Jherings Verständnis der Haftung auf das negative Interesse	32
2. Zur Rezeption Jherings.	35
a) Die gemeinrechtliche Diskussion	35
aa) Die Erklärungstheorie Bähres	35
bb) Windscheids Rekurs auf die bona fides.	37

b) Die Entwicklung unter dem BGB	40
II. <i>Fullers</i> Lehre und ihre wissenschaftliche Weiterentwicklung: Die vertragsimmanente Konzeption der Haftung auf das negative Interesse	44
1. <i>Fullers</i> »reliance interest« als Maßstab für den vertraglichen Schadensersatz	44
a) Das klassische amerikanische Vertragsrecht bei <i>Holmes</i> und <i>Williston</i>	45
aa) Die »objektive Willenstheorie«	45
bb) Die Bargain-Theorie	47
b) <i>Fullers</i> Gegenentwurf.	49
aa) Implikationen des Willensprinzips für das Sanktions- problem	51
bb) Der Versuch einer »ökonomisch-juristischen« Lösung des Sanktionsproblems	53
2. Zur Rezeption <i>Fullers</i>	56
a) »Socio-legal studies«: Vertragsbruchsanktionen als Instrumente zur Verwirklichung gesamtgesellschaftlicher Ziele.	57
b) Ökonomische Analyse des Rechts: Vertragsbruch- sanktionen als Anreize zu effizientem Verhalten.	59
III. Folgerungen für das weitere Vorgehen.	61
§ 4 <i>Die Legitimation privatrechtlicher Selbstbindung: Vom Abbild des Versprechens zum Instrument der Freiheitssicherung</i>	64
I. Vorüberlegung: Das formale Muster autonomer Bindung.	65
II. Von der versprechensethischen zur funktionalistischen Sicht privatrechtlicher Selbstbindung	68
1. Die Dominanz versprechensethischer Tendenzen in den Rechtsgeschäftskonzepten der jüngeren deutschsprachigen Zivilrechtswissenschaft.	69
a) Varianten subjektivierender Rechtsgeschäftslehren	70
aa) Zur Aktualität des Willensprinzips in der deutschen Dogmatik	70
(1) Die Geltungstheorie.	71
(2) Die Lehre <i>Flumes</i>	72
(3) Neuere Varianten willentheoretisch orientierter Lehren	73
bb) Die versprechensethische Legitimation der Rechtsgeschäftslehre als Hintergrund.	74

b) Varianten objektivierender Rechtsgeschäftslehren	78
aa) Versprechensethisch vermittelte Legitimität: Normativierung oder Ergänzung des Selbst- bestimmungsgedankens	79
(1) Normativierung der Selbstbestimmung	79
(2) Ergänzung der Selbstbestimmung	81
bb) Funktionalistisch vermittelte Legitimität: Die Lehre von der sozialen Selbstbindung	83
(1) Darstellung	83
(2) Kritik	85
c) Fazit	87
2. Die Überwindung der versprechensethischen Legitimation privatrechtlicher Selbstbindung in der neuzeitlichen Rechtsphilosophie	88
a) Das Grundproblem: Legitimation privatrechtlicher Selbstbindung in einer pluralistischen Gesellschaft	88
b) Vertragliche Bindung kraft Teilhabe an göttlicher Vernunft (<i>Grotius</i>)	89
c) Vertragliche Bindung als Konsequenz des Postulats der praktischen Vernunft (<i>Kant</i>)	91
aa) Die Unzulänglichkeit des kategorischen Imperativs zur Begründung der Verbindlichkeit von Verträgen.	92
(1) Das Sittengesetz	92
(2) Das Rechtsgesetz.	94
bb) Die ergänzende Heranziehung des Vernunftpostulats .	95
cc) Folgerungen für die Lösung des Legitimations- problems	97
d) Vertragliche Bindung als wechselseitige Anerkennung von Eigentümern (<i>Hegel</i>)	100
aa) Der Vertrag als Teil des abstrakten Rechts.	101
(1) Die Person	101
(2) Das Eigentum	102
(3) Der Vertrag	103
bb) Folgerungen für die Lösung des Legitimations- problems	105
e) Die Politik privatrechtlicher Selbstbindung nach dem Ende der versprechensethischen Legitimation	107
aa) Abschied vom privatrechtlichen Moralismus	107
bb) Hinwendung zum privatrechtlichen Funktionalismus	107
III. Die privatrechtliche Selbstbindung als Instrument der Freiheitssicherung	110
1. Stabilisierungsleistung und Freiheitsgedanke	110

2. Markt und privatrechtliche Selbstbindung	112
a) Freiheitssicherung durch die soziale Institution »Markt« . .	112
b) Die auf Märkten agierende Person als homo oeconomicus .	114
c) Die privatrechtliche Selbstbindung als Lösung des Kooperationsproblems	117
aa) Die Anreizfunktion privatrechtlicher Selbstbindung. .	117
bb) Alternative Sanktionen für Selbstbindungstatbestände.	120
cc) Alternative Lösungen des Kooperationsproblems . . .	121
3. Selbstbindung jenseits des Marktes	123
a) Erscheinungsformen	123
aa) Selbstbindung im Kontext familiärer, affektiver oder geselliger Beziehungen.	124
bb) Selbstbindung im Kontext staatlicher Steuerung	126
b) Theoretische Einbindung.	129
aa) Übertragbarkeit einer marktfunktionalen Selbst- bindungskonzeption.	129
bb) Positive Grenzen	130
cc) Normative Grenzen	130
c) Die marktbezogene Selbstbindung als Leitbild für das Privatrecht	132
4. Zur Vereinbarkeit des hiesigen Ansatzes mit den Vorgaben des Grundgesetzes	133
a) Das Menschenbild des Grundgesetzes	133
b) Die verfassungsrechtliche Gewährleistung der Privat- autonomie	134
IV. Fazit.	136
§ 5 <i>Die Schutzwürdigkeit des negativen Interesses</i>	138
I. Die Steuerung der Produktion normativer Erwartungen als Aufgabe des Haftungsrechts	138
II. Zur Ökonomik des Versprechens: Schadensrisiko und Schadens- vermeidung.	141
1. Kosten und Nutzen des Versprechens für den Versprechens- empfänger	141
2. Schadensvermeidung durch den Versprechenden und durch den Versprechensempfänger	144
3. Effizienz der Schadensvermeidung	146
III. Die Legitimation der Haftung auf das negative Interesse	149
1. Das Problem adverser Selektion	149

a) Informationsasymmetrie als Ursache	150
b) Marktversagen als Folge	152
2. Haftungsrechtliche Anreize als Lösung	153
a) Haftungsbegründung	154
aa) Arglisthaftung?	155
bb) Verschuldens- oder Garantiehaftung?	156
b) Haftungsbegrenzung	158
aa) Kenntnis oder Erkennbarkeit des Nichterfüllungs- risikos für den Versprechensempfänger	158
bb) Fehlende Erkennbarkeit der Vertrauenskosten für den Versprechenden.	159
cc) Ineffiziente Vertrauensinvestitionen	160
3. Vertrauenskosten und negatives Interesse	164
IV. Vom Versprechen zur Produktion zurechenbarer normativer Erwartungen	166
1. Normativitätsstiftendes Verhalten	167
2. Die Zurechnung normativer Erwartungen	170
V. Fazit.	173
§ 6 <i>Der Schutz des negativen Interesses in Abgrenzung zum Schutz des positiven Interesses</i>	174
I. Die Relevanz der Unterscheidung zwischen negativem und positivem Interesse	174
II. Die Überlegenheit der Sanktionen zum Schutz des positiven Interesses im »Grundfall« vertraglicher Leistungsbeziehungen	176
1. Anreize im Stadium der Vertragserfüllung.	178
a) Effiziente Erfüllungsentscheidung des Schuldners.	179
b) Effiziente Investitionsentscheidung des Schuldners	181
c) Effiziente Investitionsentscheidung des Gläubigers	183
2. Anreize im Stadium des Vertragsabschlusses	184
III. Die Erforderlichkeit der Haftung auf das negative Interesse als Sanktion für Selbstbindungstatbestände	186
1. Unterkompensation des Gläubigers durch den Ersatz des positiven Interesses	187
2. Übermäßige Belastung des Schuldners durch den Ersatz des positiven Interesses	191
a) Drosselung normativitätsstiftenden Verhaltens	191
b) Unangebrachter Erfüllungsanreiz	196

aa) Ineffizienz wegen externer Kosten	197
bb) Ineffizienz wegen Fehlsteuerung der Parteien.	198
IV. Fazit.	200
 § 7 <i>Der Schutz des negativen Interesses in Abgrenzung zum Verzicht auf privatrechtlichen Erwartungsschutz</i>	201
I. Die Unterscheidung zwischen marktförmiger und nicht marktförmiger Kooperation	201
II. Normativitätsstiftendes Verhalten im zeitlichen Kontext der Vertragsanbahnung	204
1. Die Erforderlichkeit vorvertraglichen Erwartungsschutzes	206
a) Zur Effizienz vorvertraglicher Vertrauensinvestitionen.	206
b) Fehlende Haftung als »penalty default rule«	207
2. Möglichkeiten vorvertraglichen Erwartungsschutzes.	210
a) Der Schutz des positiven Interesses durch vorkonsensuale rechtsgeschäftliche Bindung	211
b) Der Schutz des negativen Interesses durch außerrechts- geschäftliche Abbruchhaftung	212
aa) Erwartungsschutz aufgrund heteronomer Bindung des anderen Teils: Haftungsrechtliche Verlagerung des Investitionsrisikos	212
bb) Erwartungsschutz aufgrund autonomer Bindung des anderen Teils: Normativitätsstiftende Verhandlungs- äußerungen als Haftungsgrund.	215
3. Vom nicht abgeschlossenen zum nicht erwartungsgerechten Vertrag.	218
III. Normativitätsstiftendes Verhalten im sozialen Kontext außerrechtlicher Sanktionsmechanismen	221
1. Erscheinungsformen außerrechtlicher Kooperationssicherung	222
a) Das Gewissen als moralischer Steuerungsmechanismus.	222
b) Die sich selbst durchsetzende Kooperation als sozialer Steuerungsmechanismus	223
aa) Theoretische Grundlagen	224
bb) Tatsächliche Verbreitung	228
2. Das Verhältnis der privatrechtlichen zur außerrechtlichen Kooperationssicherung.	232

a) Sanktionsauswahl bei sich selbst durchsetzender Kooperation im »Grundfall« vertraglicher Leistungsbeziehungen	233
aa) Anreize für den Schuldner	234
bb) Anreize für den Gläubiger	236
b) Folgerungen für die Formulierung privatrechtlicher Selbstbindungstatbestände	238
aa) Probleme der Bezifferung außerrechtlicher Sanktionen	238
bb) Probleme der Wirksamkeit außerrechtlicher Sanktionen	241
IV. Fazit.	243
§ 8 Ergebnisse des ersten Teils	244

Zweiter Teil

Rechtssystematische Umsetzung

§ 9 Überblick	251
§ 10 Umfang und Grenzen der Ersatzfähigkeit des negativen Interesses	252
I. Grundlagen der Bestimmung des Vertrauensschadens.	253
1. Ziel und Mittel der Ersatzleistung.	254
a) Das Ziel der Ersatzleistung: Die Herbeiführung des gegenwärtigen hypothetischen Zustands ohne Schadensereignis	254
b) Die Art und Weise der Ersatzleistung.	258
aa) Geldentschädigung.	258
bb) Naturalrestitution	261
2. Schadenszurechnung	264
a) Äquivalente Kausalität	265
b) Schutzzweckzusammenhang.	266
c) Adäquater Zusammenhang?	270
3. Fragen der Beweislast.	272
a) Die Ursächlichkeit der Erklärung des Schuldners für die Vertrauensdisposition des Gläubigers	272
aa) Beweismaßreduzierung nach § 287 ZPO.	273
bb) Anscheinsbeweis	275
cc) Beweislastumkehr	276
b) Hypothetischer Gewinn	277
c) Hypothetischer Verlust.	279

II. Einzelne Schadenspositionen.	279
1. Nutzlose Aufwendungen.	280
a) Aufwendungen nach Vertragsschluß	281
aa) Aufwendungen im notwendigen Zusammenhang mit einem vertraglichen Leistungsaustausch.	282
bb) Sonstige im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung getätigte Aufwendungen.	285
b) Aufwendungen anläßlich des Vertragsschlusses	289
c) Aufwendungen vor Vertragsschluß	292
aa) Divergenzen im Common Law	292
bb) Nutzlose vorvertragliche Aufwendungen als Teil des negativen Interesses	293
cc) Zur Abgrenzung: Nutzlose vorvertragliche Aufwendungen als Bemessungsgrundlage für das positive Interesse	296
2. Entgangener Gewinn.	297
a) Die Vereinbarkeit des Gewinnersatzes mit dem Schutz- zweck der Haftung	297
b) Das Verhältnis des Gewinnersatzes zum Aufwendungs- ersatz	301
3. Aufhebung und Rückabwicklung nicht erwartungsgerechter Verträge	303
a) Die bisherige Diskussion im Licht der Schuldrechtsreform	304
aa) Die Kodifikation der c.i.c..	305
bb) Zur Bedeutung der §§ 282, 324 BGB	307
b) Das Verhältnis der schadensrechtlichen Vertragsaufhebung und -rückabwicklung zur Anfechtungsregelung.	308
4. Anpassung nicht erwartungsgerechter Verträge	312
a) Die Vertragsanpassung als Ersatz des negativen Interesses	314
b) Der Ersatz des »positiven Schadens« in Gestalt der Wert- differenz zwischen Leistung und Gegenleistung.	317
c) Der Ersatz des entgangenen Gewinns in Gestalt der Differenz zwischen tatsächlichem und hypothetischem Ertrag.	320
III. Grenzen der Schadensersatzpflicht	322
1. Die Begrenzung auf den Betrag des positiven Interesses	323
a) Die Begrenzung als Ausdruck des Schutzzwecks der Norm	323
b) Der Betrag des positiven Interesses	325
c) Der hypothetische Schutz des positiven Interesses.	328
2. Der Ausschluß bei Kenntnis oder Kennenmüssen.	331

a) Haftungsausschluß bei Verschulden des Erklärenden? . . .	333
b) Haftungsausschluß bei Veranlassung des Mangels durch den Erklärungsempfänger?	334
3. Die Berücksichtigung des Mitverschuldens nach § 254 II 1 BGB	336
a) Die Obliegenheit zur Schadensabwendung oder -minderung	337
b) Die Obliegenheit zur Warnung	339
aa) Schadenstragung bei beidseitig fehlender Vorherseh- barkeit	340
bb) Der für die Beurteilung der Warnobliegenheit relevante Zeitpunkt	342
cc) Zur Konkretisierung der Warnobliegenheit	344
4. Die Begrenzung nach Maßgabe der Angemessenheit in § 1298 II BGB	346
 § 11 <i>Der Schutz des negativen Interesses bei wirksamen obligatorischen Rechtsgeschäften</i>	349
I. Grundlagen	350
1. Das rechtspolitische Anliegen: Vermeidung ineffizienter Unterkompensation	350
2. Die rechtssystematische Umsetzung im Vergleich	351
a) Früheres deutsches Schuldrecht	351
aa) Das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage für den Ausgleich des negativen Interesses	351
bb) Ausgleich des Kompensationsdefizits durch die Rechtsprechung	353
b) Common Law	356
aa) Der Erfolg des »reliance interest«: Praktische Not- wendigkeit oder theoretische Überzeugungskraft? . . .	357
bb) Folgeprobleme	359
c) Internationale Vertragsrechtsvereinheitlichung	362
aa) UN-Kaufrecht	362
bb) Einheitsvertragsrechte	364
II. Die systematische Einordnung von § 284 BGB	367
1. Ergänzung der Rentabilitätsvermutung bei immateriellem Leistungsinteresse?	369
2. Ersatz des positiven Interesses nach Maßgabe der Frustrations- lehre?	372
a) Einwände im Hinblick auf § 284 BGB	374
aa) Nichtanwendbarkeit auf deliktische Ansprüche	374

bb) Beschränkung auf den Ersatz von Aufwendungen, die im Vertrauen auf den Leistungserhalt getätigt wurden .	376
cc) Anknüpfung an die Voraussetzungen des Schadensersatzes statt der Leistung	378
b) Allgemeine Einwände gegen die Frustrationslehre.	380
3. Partieller Ersatz des negativen Interesses.	382
a) Vorzüge im Vergleich zur Frustrationslehre	383
b) Einwände im Hinblick auf §284 BGB.	385
aa) Beschränkung auf den Aufwendungsersatz	385
(1) Die Begründung der Beschränkung im Regierungsentwurf	386
(2) Die Erforderlichkeit und Zulässigkeit einer Analogie	388
bb) Anwendbarkeit bei Vorliegen der §§281, 282 oder 283 BGB.	391
cc) Unabhängigkeit vom Vorliegen einer rechtsgeschäftlichen Leistungspflicht.	392
dd) Unabhängigkeit vom Rücktritt	395
ee) Anwendbarkeit anstelle des »kleinen« Schadensersatzes	398
ff) Fehlende Begrenzung auf das positive Interesse.	399
4. Die systematische Einordnung in der Gesamtschau.	400
III. Der Ersatz des negativen Interesses auf der Grundlage von §284 BGB	402
1. Die Komplementarität zum Ersatz des positiven Interesses . .	402
a) Ersatz des negativen Interesses anstelle des Schadensersatzes statt der Leistung	402
aa) Die Anknüpfung an die Voraussetzungen des Schadensersatzes statt der Leistung.	402
bb) Die Alternativität zum Schadensersatz statt der Leistung.	403
(1) Kombination mit dem Teilersatz des leistungsbezogenen positiven Interesses	405
(2) Kombination mit dem Ersatz des leistungsübersteigenden positiven Interesses	407
b) Ersatz des negativen Interesses anstelle des leistungsergänzenden Schadensersatzes?	408
c) Ersatz des negativen Interesses bei fehlendem Schutz des positiven Interesses?	411
aa) Nicht zu vertretende nachträgliche Leistungshindernisse	411
bb) Schuldlos verkaufte anfängliche Leistungshindernisse	412
2. Der ersatzfähige Vertrauensschaden	415

a) Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	415
b) Insbesondere: Die Gegenleistung und Verwendungen auf das Leistungsobjekt	416
c) Der entgangene Gewinn aus einem Alternativgeschäft . . .	420
d) Sonstige Schäden	420
3. Der Einwand der Zweckverfehlung aus anderem Grund	421
a) Beweislast und Beweismaß	422
b) Zur Abgrenzung: Der Beweis des Aufwendungszwecks . .	423
c) Die entsprechende Begrenzung der Ersatzfähigkeit entgangenen Gewinns aus einem Alternativgeschäft	424
4. Die Billigkeitsgrenze und der Mitverschuldenseinwand	426
a) Billigkeit als Angemessenheit?	427
b) Billigkeit als Vorhersehbarkeit	428
c) Sonstige Fälle des Mitverschuldens	430
 § 12 <i>Der Schutz des negativen Interesses bei unwirksamen obligatorischen Rechtsgeschäften</i>	433
I. Grundlagen.	434
1. Das rechtspolitische Anliegen: Beseitigung des Erfüllungs- anreizes bei gleichzeitiger Steuerung der Versprechensabgabe	434
2. Die rechtssystematische Umsetzung im Vergleich.	436
a) Das BGB in seiner ursprünglichen Fassung	436
aa) Der Anwendungsbereich der Haftung auf das negative Interesse.	437
bb) Die Voraussetzungen der Haftung auf das negative Interesse.	439
b) Common Law	442
aa) Zur Behandlung der im Vorfeld des BGB diskutierten Fälle	442
bb) Der auf das negative Interesse reduzierte Schutz des Gläubigers	444
c) Internationale Vertragsrechtsvereinheitlichung	448
II. Unwirksamkeit wegen Mängeln des rechtsgeschäftlichen Akts. .	450
1. Willensmängel.	451
a) Gesetzlich geregelte Fälle.	451
aa) Das Fehlen einer Schadensersatzpflicht in den Fällen der §§ 116 S.2, 117, 123 BGB.	451
bb) Die Anordnung der Schadensersatzpflicht in den Fällen der §§ 118–120 BGB	452
(1) § 118 BGB.	453
(1) § 119 BGB.	454

(2) § 120 BGB.	454
b) Problemfälle	456
aa) Die Erklärung ohne Erklärungsbewußtsein.	456
bb) Die »abhanden gekommene« Willenserklärung.	458
cc) Die vorsätzlich falsch übermittelte Willenserklärung .	460
2. Fehlende Vertretungsmacht	460
3. Dissens.	462
4. Formmängel.	463
a) Haftung wegen einer Aufklärungspflichtverletzung?	463
aa) Zum gegenwärtigen Stand der Rechtsprechung.	463
bb) Die Unvereinbarkeit der Aufklärungspflicht mit der Vertragsfreiheit.	466
b) Haftung wegen der Abgabe einer formnichtigen Erklärung	468
aa) Haftungsausschluß als Konsequenz des von der verletzten Formvorschrift bezweckten Schutzes des Erklärenden.	470
bb) Haftungsausschluß bei schuldloser Unkenntnis des Formerfordernisses?	473
III. Unwirksamkeit wegen fehlender rechtlicher Anerkennung des Rechtsgeschäftsinhalts	475
1. Kritik der Rechtsprechung.	475
2. Dogmatische Rekonstruktion als Erklärungshaftung.	477
a) Die Beteiligung an dem unwirksamen Rechtsgeschäft als Haftungsgrund	477
b) Haftungsausschlußgründe	478
aa) Unvereinbarkeit der Haftung mit dem Normzweck . .	478
bb) Nicht zu vertretende Unkenntnis des Unwirk- samkeitsgrundes auf Seiten des Erklärenden?	479
cc) Kenntnis oder verschuldete Unkenntnis des Unwirk- samkeitsgrundes auf Seiten des Erklärungsempfängers	480
c) Der Umfang der Haftung.	481
IV. Unwirksamkeit wegen der Schutzbedürftigkeit des Rechts- geschäftssubjekts.	483
1. Der Schutz des Geschäftsunfähigen.	483
2. Der Schutz des Verbrauchers	484
3. Zur Abgrenzung: Beschränkungen juristischer Personen des öffentlichen Rechts im rechtsgeschäftlichen Verkehr	485

§ 13 <i>Der Schutz des negativen Interesses jenseits des Rechtsgeschäfts:</i> <i>Vor- und außervertragliche Selbstbindung</i>	487
I. Grundlagen.	488
1. Das rechtspolitische Anliegen: Sicherung effizienter außervertraglicher Vertrauensinvestitionen	488
2. Die rechtssystematische Umsetzung im Vergleich: Die Verantwortlichkeit für das Scheitern der Vertragsanbahnung im Common Law	490
a) Die Zurückweisung vorvertraglicher Treuepflichten	492
b) Die deliktische Haftung wegen misrepresentation.	493
c) Die Selbstbindungshaftung aus promissory estoppel im amerikanischen Common Law.	494
aa) »Promise« als Voraussetzung	495
bb) Der Ersatz des »reliance interest« als Rechtsfolge.	498
II. Die Haftung für das Scheitern der Vertragsanbahnung	500
1. Kritik der Rechtsprechung im Licht der Schuldrechtsreform.	501
a) Die zweispurige Haftungsbegründung im Rahmen der c.i.c.	501
b) Einwände und Erklärungsansätze im Schrifttum	504
c) Die Kodifikation der c.i.c. als Herausforderung an die Rechtsprechung	506
2. Dogmatische Rekonstruktion als Haftung für vorvertragliche Selbstbindungstatbestände.	508
a) Die Begründung der Haftung	508
aa) Verhandlungsaussagen als vorvertragliche Selbstbindung.	508
bb) Anforderungen an die Selbstbindung	510
cc) Grenzen der Selbstbindung	514
dd) Sonderbehandlung des Abbruchs von Verhandlungen über formbedürftige Verträge?	516
b) Der Umfang der Haftung.	517
aa) Ausschließlicher Schutz des negativen Interesses	517
bb) Haftungsgrenzen.	520
III. Die Haftung für nicht erwartungsgerechte Verträge oder Leistungen: Das Beispiel des Sachkaufs	521
1. Die bisherige Rechtsprechung zur Verkäuferhaftung	522
2. Dogmatische Rekonstruktion im Rahmen des neuen Schuldrechts.	525
a) Ausgangspunkt	525
b) Heteronom begründete Pflichten im vorvertraglichen Schuldverhältnis.	527

c) Autonom begründete Pflichten im vorvertraglichen Schuldverhältnis	529
d) Das Verhältnis der c.i.c. zur vertraglichen Haftung des Verkäufers	531
aa) Die Einordnung der Fragestellung als Konkurrenzproblem	532
bb) Die Differenzierung zwischen heteronom und autonom begründeter Haftung als Lösung	533
3. Ausblick	535
IV. Dritthaftung: Das Beispiel des Sachverständigengutachtens . . .	535
1. Die bisherige Rechtsprechung zur Gutachterhaftung	536
2. Dogmatische Rekonstruktion im Rahmen des neuen Schuldrechts	538
a) Vom Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter zur außervertraglichen Selbstbindung.	538
aa) Dritthaftung oder Drittberechtigung?	539
bb) Quasi-vertragliche oder quasi-deliktische Haftung? . .	540
b) Folgefragen.	542
aa) Anforderungen an den Selbstbindungstatbestand . . .	543
bb) Die Bestimmung des Kreises der Anspruchsberechtigten.	543
cc) Möglichkeiten und Grenzen der Freizeichnung.	545
§ 14 Ergebnisse des zweiten Teils	546
Literatur	551
Sachverzeichnis	575